

Stifterverband für die deutsche Wissenschaft

Memorandum

Dialog Wissenschaft und Gesellschaft

Präambel

Das 20. Jahrhundert ist in starkem Maße durch die rasante Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik geformt worden. Die Errungenschaften von Naturwissenschaft und Technik werden jedoch häufig nicht als kulturelle Leistungen gesehen; jedenfalls scheint Unkenntnis von Zusammenhängen auf diesem Gebiet gesellschaftlich sehr viel eher entschuldbar als in den klassischen Bildungsbereichen (Musik, Kunst, Literatur). Damit geht aber in der öffentlichen Wahrnehmung auch ein Teil der Begeisterung verloren, die wissenschaftliche Betätigung vermitteln kann - in den Natur- genauso wie in den Geisteswissenschaften. Dort fehlen im Gegensatz zu den anderen kulturellen Bereichen öffentlich bekannte Leitfiguren, die die Freude an der Wissenschaft glaubwürdig verkörpern. Wissenschaft kommt meist anonym daher; dass sie von Menschen - mit all ihren persönlichen Stärken und Schwächen - gemacht wird, geht dabei unter.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Wissenschaften an der Schwelle zum 21. Jahrhundert mehr denn je im Spannungsverhältnis ihrer öffentlich sowohl konstruktiv wie destruktiv wahrgenommenen Rolle stehen. Sie verkörpern einerseits den Fortschritt, andererseits werden sie jedoch auch als eine Bedrohung der menschlichen Sicherheit empfunden. Je mehr die Wissenschaften individuell spürbar die Bedingungen des Lebens verändern, umso mehr sind auch sie aufgefordert, solche Veränderungen öffentlich zu rechtfertigen, ja sogar vorausschauend öffentlich zu diskutieren. Um den Bürger in die Lage zu versetzen, an dieser Diskussion aktiv teilzunehmen, bedarf es ebenfalls der Vermittlung mindestens allgemeiner Kenntnisse der wissenschaftlichen Entwicklung.

Wegen ihres hohen Spezialisierungsgrades haben die Wissenschaften in ihren Teilgebieten jeweils eigene Sprachen entwickelt, die in der Regel für Nichtwissenschaftler nicht nur die wissenschaftlichen Inhalte undurchschaubar, sondern auch die Methoden und Verfahren schwer zugänglich machen. Damit ist das Problem der Experten-/Laienkommunikation angesprochen, die - soweit sie sich auf eine breite Öffentlichkeit als Adressatin bezieht - in Deutschland weniger entwickelt ist als in anderen Ländern. Die Aufforderung, hier neue Wege zu finden, richtet sich nicht etwa nur an Schulen, Wissenschaftsjournalisten und Wissenschafts-PR-Fachleute, sondern auch und vor allem an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst.

Neue Kommunikationsstrukturen sind ein wesentliches Instrument, den als immer dringlicher empfundenen Vermittlungsprozess der Wissenschaft in die Gesellschaft voranzutreiben. So hat sich in Großbritannien seit Mitte der 1980er Jahre eine Bewegung etabliert, die sich als Gemeinschaftsaktion von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zum Ziel gesetzt hat, dem Problem durch ein verbessertes "Public Understanding of Science" zu begegnen. In anderen Ländern - insbesondere in den USA und Australien - gibt es ähnliche Entwicklungen. Der Begriff "Understanding" ist kaum ins Deutsche zu übersetzen, weil er Verständigung, Verständnis und Verstand bedeutet.

In diesem Zusammenhang wird die viel zitierte "Wissengesellschaft" konkret. Je abhängiger unsere Gesellschaft vom "Kapital" des Wissens wird, desto dringlicher stellt sich die Frage nach der öffentlichen Teilhabe im Sinne des demokratischen Prozesses. Mangelndes Verständnis für Wissenschaft, aber auch enttäuschte Erwartungen und Wunderhoffnungen können elementare Folgeprobleme auslösen, die von einer Verweigerungshaltung bis zur Hinwendung zur Pseudo-Wissenschaft reichen. Daraus folgt, dass man mit immer weniger Bereitschaft seitens der Öffentlichkeit rechnen darf, diejenige Forschung und Entwicklung zu unterstützen, die die Erörterung ihrer gesellschaftlichen Relevanz unter Einbeziehung realistischer Chancen und möglicher Risiken unterlässt. Diese Legitimation kann eingefordert werden, weil hinreichend erklärt und verständlich gemacht werden muss, warum sie mit öffentlichem Geld zu unterstützen ist.

Auch die Wirtschaft muss ein Interesse an einer vernünftig abwägenden, d.h. weder unkritischen noch feindlichen Haltung der Öffentlichkeit gegenüber Wissenschaft, Forschung und Technologie haben, weil z.B. Investitionsentscheidungen auch vom gesellschaftlichen und politischen Umfeld abhängen.

Die geschilderte Situation verlangt nach einer Gemeinschaftsaktion aller wissenschaftlichen Einrichtungen, denn mit dem gesellschaftlichen Verständnis für Wissenschaft wird auch über ihre dauerhafte Finanzierung und internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit wiederum über die zukünftige Entwicklung und den Wohlstand in unserer Gesellschaft entschieden. Den gesellschaftlichen Stellenwert der Wissenschaften und der Technik deutlich zu machen, bedarf es öffentlicher Überzeugung mit Hilfe einer intensiven, gezielten und professionell koordinierten Kommunikation.

Diese Überzeugungsarbeit in der Kommunikation mit Bürgern haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selten gelernt. Die Information der Öffentlichkeit zur Legitimation wissenschaftlichen Tuns, mehr noch, das aktive Werben um Vertrauen, Anerkennung und letztlich finanzielle Unterstützung zählte bislang nicht zu ihren offiziellen Aufgaben bzw. sie wurden von ihnen nur unzureichend wahrgenommen. Es gilt, die Bereitschaft dafür bei allen in der und für die Wissenschaft Tätigen zu erzeugen. Gerade die bisherigen Ergebnisse des "Public Understanding of Science" in Großbritannien und den USA, aber auch anderer Nationen haben gezeigt, wie wichtig das Engagement vieler Einzelner ist, einen permanenten Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu etablieren.

Memorandum

Die Unterzeichner dieses Memorandums setzen sich darum ausdrücklich für die folgenden Maßnahmen zur Förderung des Dialogs von Wissenschaft und Gesellschaft ein und verpflichten sich, diese in ihrem eigenen Umfeld nach besten Kräften umzusetzen: In Abstimmung mit den wissenschaftsfördernden Einrichtungen des Bundes und der Länder, der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik wird ein den einzelnen Institutionen angemessenes Anreizsystem entwickelt, das geeignet ist, Belohnungen für diejenigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Aussicht zu stellen, die sich aktiv im Dialog mit der Öffentlichkeit engagieren. Das Engagement für diesen Dialog darf dem wissenschaftlichen Ruf nicht abträglich sein, es sollte zu einem zusätzlichen Merkmal wissenschaftlicher Reputation werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden aufgefordert, ihre Arbeit öffentlich auch in einer für den Nicht-Spezialisten verständlichen Form darzustellen. Die Unterzeichner setzen sich nachhaltig dafür ein, dass wissenschaftsfördernde Einrichtungen ihre Förderkriterien zukünftig dahingehend weiterentwickeln, dass der Dialog mit der Öffentlichkeit den ihm angemessenen hohen Stellenwert erhält. Dieses Prinzip soll

auch innerhalb der öffentlich finanzierten Hochschulen und Forschungseinrichtungen gelten. Die Würdigung von Leistungen im Dialog mit der Öffentlichkeit soll im Rahmen der internen und externen Begutachtung bzw. Evaluation zusätzlich zur Würdigung der wissenschaftlichen Leistung erfolgen. Geeignete Formen der Anerkennung sollen entwickelt werden. Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden aufgefordert, die notwendige Infrastruktur bereitzustellen sowie Lehr- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln, die die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Lage versetzen, ihre Arbeit öffentlich zu präsentieren. Dafür bedarf es der Professionalisierung. Die Unterzeichner sind sich der jeweiligen Aktivitäten der einzelnen Wissenschaftseinrichtungen zur eigenen Profilbildung bewusst. Sie wissen aber zugleich um die Bedeutung gemeinsamer Anstrengungen, Wissenschaft in der Gesellschaft mehr Anerkennung zu verschaffen. In diesem Sinne werden sie ihre eigenen Aktivitäten immer wieder mit den Aktionen anderer in der Wissenschaft Tätigen abstimmen und koordinieren. Der Stifterverband legt unter Berücksichtigung bereits bestehender Maßnahmen und Projekte, die dem Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft dienen, das nachfolgend beschriebene Aktionsprogramm auf. Um Beispiele guter Praxis herauszustellen, hat es einerseits die Förderung modellhafter Initiativen zur Verbesserung des Dialogs zum Ziel. Andererseits soll es eine Diskussionsplattform für hochrangige Vertreter von Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen bieten. Diesem Zweck dient vor allem ihre Einbindung in die Jury, die den Stifterverband bei der Umsetzung des Aktionsprogramms beraten soll.

Unterzeichner:

Vorsitzender des Vorstandes Stifterverband
Präsident Deutsche Forschungsgemeinschaft
Präsident Max-Planck-Gesellschaft
Präsident Hochschulrektorenkonferenz
Vorsitzender Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren
Präsident Fraunhofer-Gesellschaft
Vorsitzender Wissenschaftsrat
Präsident Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Bonn, im Mai 1999

StiftWis.DOC